

Ulrich fragt, was die Attraktivität eines sozial-ökologischen Umbaus für diejenigen Schichten ausmachen könnte, die heute Ökologie und Vielfalt eher als Bedrohung sehen und welche Aufgabe die Linkspartei hat, um diese Schichten zu erreichen? Er sieht in einer Arbeitszeitverkürzung, in „Entfaltungsfreiheit, Existenzsicherheit und Zeitwohlstand“ den zentralen politischen Beitrag, der eine besondere linke Perspektive erschließt und gleichzeitig die ökologische Frage lösen hilft. So sehr Arbeitszeitverkürzung und Entfaltungsfreiheit als politische Zielsetzung zu begrüßen sind, sehe ich folgende Schwierigkeiten:

- 1) Der Vorschlag reduziert linke Theorie und Utopie auf die Frage gesellschaftlicher Verteilungsgerechtigkeit, das gesellschaftliche Naturverhältnis spielt explizit und implizit keine Rolle. Dies entspricht weder dem historischen Impuls linker Theorie als Utopie einer allgemeinen Befreiung von unnötiger Herrschaft (soweit wie möglich auch der Organismen der Natur, siehe These 2 des Minimalprogramms auf unserer Webseite), noch taktisch der politischen Lage: die Frage nach der Vernünftigkeit des gesellschaftlichen Naturverhältnis ist bei den Grünen nicht mehr richtig aufgehoben und ihre Beantwortung wird von den politischen AktivistInnen dort auch nicht mehr vermutet. Aufgrund ihrer zentralen Bedeutung gehört sie in jede linke Perspektivbestimmung im Sinne eines nicht rein instrumentellen Verhältnisses (worüber vermutlich Konsens herzustellen wäre).
- 2) Die Einschränkung auf Verteilungsgerechtigkeit wird deutlich, wenn man den Vorschlag nüchtern mit Marxschen Kriterien analysiert: der durchschnittliche Lohn (als Wert der Ware Arbeitskraft) hat inzwischen einen höheren politischen Anteil, der eine imperiale Lebensweise begründet und auf den kollektiv verzichtet werden könnte. Dadurch sinkt die gesellschaftliche notwendige Arbeitszeit, die freie Zeit steigt und mit ihr die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung. Eine Umverteilung im engeren Sinne wird erreicht, indem Mehrwert in Richtung der unteren Einkommensschichten umgeschichtet wird. Konsens sehe ich in der Behauptung eines politischen Lohnanteils, der eine imperiale Lebensweise ermöglicht. Ulrichs Vorschlag lässt aber offen, was wie erzeugt wird, wem die erzeugten Produkte gehören und ob diese nicht einfach exportiert werden, wenn sie hier keiner mehr kauft. Ohne relevante Schwächung der relativen Größe des Kapitaleigentums am gesellschaftlichen (These 1 des Minimalprogramms schlägt ein ungefähres Verhältnis von 1 zu 2 vor) scheint mir aber eine dauerhafte Perspektive auf Macht unrealistisch. Zudem fehlt mir eine „internationalistische“ Perspektive in Ulrichs Vorschlag mit Blick auf Europa und auf aktuelle und zukünftig durch die Erderwärmung zu erwartende Fluchtbewegungen (These 2,4,5 des Minimalprogramms - vermutlich unter uns konsensfähig, aber trotzdem in seinem Vorschlag nicht vorhanden).
- 3) Kapitalistische Akkumulation, gesellschaftliche Subjektform und drohende ökologische Krise und sind im Neoliberalismus zu einer eng verzahnten Regulationsform verschmolzen. Der Neoliberalismus hat die kapitalistische Reproduktionsweise durch die Betrachtung des Subjekts als individueller/n UnternehmerIn weit in die psychischen Strukturen hineingetrieben. Das sieht man an der endlosen Kette individueller Prüfungen während der Ausbildungszeit, der Umformung von betrieblichen Arbeitsgruppen zu konkurrierenden Einheiten, der unterstellten individuellen Marktrationalität beim Abschluss von Krediten und Einkäufen etc. Praktisch gesehen unterstellt Ulrichs Vorschlag eine weiter fortgeschrittene Umformung der früheren Arbeiterklasse in eine kollektiv agierende und aktionsfähige Multitude, als ich optimistisch anzunehmen bereit bin (trotz der sichtbaren gesellschaftlichen Tendenzen in Richtung Wissens- und Care-Ökonomie).
- 4) Konsens besteht darin, *Tätigkeit* in den Mittelpunkt der Überlegung zu stellen. D.h. aber, dass da, wo dominant Tätigkeit stattfindet, diese wieder schrittweise als gesellschaftliche definiert und wieder angeeignet werden (incl. der dafür notwendigen Änderung der Subjektform). Konsequenterweise sollten die gesellschaftlich-technologischen Grundlagen der Reproduktion, die jetzt als „fixes Kapital“ und darauf aufbauender Erwerbsarbeit fungieren, wieder von jedem Einzelnen als

gesellschaftliche visioniert und ausgeführt werden (und nicht als start-up oder Risiko-Unternehmung mit maximaler Gewinnrate, 3. These des Minimal-programms). Und dort, wo produziert wird, sollte eine gesellschaftlich vermittelte Verantwortlichkeit installiert werden, die die dem kapitalistischen Produktionsprozess inhärente Externalisierung der Kosten verhindert und den tätigen Subjekten eine individuelle Entwicklungsperspektive liefert (5. These des Minimalprogramms). Diese werden sie auf sich allein gestellt und so, wie sie jetzt sind, nicht außerhalb der gesellschaftlich notwendigen Erwerbstätigkeit finden.

- 5) Besonders skeptisch bin ich, ob gerade die rechtsaffinen Bevölkerungsteile der Selbstverwirklichung außerhalb von Erwerbsarbeit als politischem Ziel etwas abgewinnen können. Dagegen scheint es mir absolut notwendig, erstmal unabhängig von irgendwelcher Wahlbetrachtung, die grundlegenden Rahmenbedingungen und Inhalte zu formulieren, aus denen ein linksökologischen bestehen sollte.

Helmut, 9.2.20